



07.34 Uhr

Umstrittener Boykottaufruf gegen Israel

Bis Israel das Völkerrecht einhalte, sollen dessen Produkte boykottiert werden. Diesen Aufruf unterstützen auch prominente Politiker. Der Israelitische Gemeindebund verurteilt die Kampagne scharf.

Eine Boykott-Kampagne gegen israelische Produkte sorgt beim Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund für Aufruhr. Bis Israel das Völkerrecht einhalte und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser respektiere, sollen keine importierten Produkte aus Israel gekauft werden.

Zu diesem Boykott hat der Schweizer Ableger der internationalen Boykottbewegung Boykott-Desinvestment-Sanktionen (BDS) aufgerufen. Die Non-Profit-Organisation kämpft für die Rechte des palästinensischen Volkes.

Kritik an Israels Politik

Die neue Kampagne setzt auf prominente Politiker. Ein halbes Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte unterstützen den Boykott-Aufruf, so auch der Bündner SP-Mann Andrea Hämmerle. Israel verletze mit seiner Besetzungspolitik und insbesondere mit der Mauer das Völkerrecht, erklärte Hämmerle gegenüber Schweizer Radio DRS. Diese Politik sei «unannehmbar».

Erinnerung an dunkle Zeiten

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG verurteilte den Boykott-Aufruf aufs Schärfste. Er respektiere Kritik an der israelischen Politik, sagte SIG-Präsident Herbert Winter, aber Kritik sei das eine und ein Boykottaufruf etwas anderes.

Befremdend sei zudem die Machart des Kampagnenplakates, so Winter weiter. Neben den Politiker-Portraits steht geschrieben: «Israelische Produkte? - Kaufe ich nie!» Dies erinnert SIG-Präsident Winter an die Zeit der Nazi Herrschaft in Deutschland. Damals habe man überall lesen können, «Kauft nicht bei Juden».

«Andere Geschichte»

Die involvierten Politiker sehen dies allerdings anders. Der Grüne Nationalrat Geri Müller verteidigt das Plakat. Das sei eine «ganz andere Geschichte», sagt er. Der Boykott sei zeitlich beschränkt, bis das Völkerrecht eingehalten werde und nicht wie in Nazideutschland generell gegen Juden gerichtet.

Auch die SP-Nationalräte André Daguet und Andrea Hämmerle weisen den Vorwurf, ein heikles Terrain betreten zu haben zurück. Und Therese Frösch, Nationalrätin der Grünen Partei, weist darauf hin, dass es auch jüdische Boykott-Unterstützer gebe.

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund unternimmt nichts, um die Kampagne zu stoppen. Im Rahmen der regelmässigen Gespräche mit Politikern soll den Boykottaufruf allerdings diskutiert werden. (zumm/luek)

Verantwortlich für diesen Beitrag:

[news.online](#)

Mehr zum Stichwort:

• Schweiz-Israel